



Armut und prekäre Lebensverhältnisse bekämpfen – Einkommen stärken!

Protokoll der 12. Mitgliederkonferenz 2024 der SP60+

Datum:	Samstag, 1. Juni 2024
Dauer:	10.45 – 16.00 Uhr
Ort:	Konferenzzentrum Unia, Weltpoststrasse 20, 3000 Bern
Vorsitz:	Rita Schmid und Dominique Hausser, Co-Präsidium
Anwesend:	91 Personen, davon 86 Mitglieder der SP60+ Mattea Meyer (Co-Präsidentin SP Schweiz) Laura Brechbühler, Verantwortliche Politik von Caritas Schweiz (Referat) Alessandro Pelizzari, Direktor, Hochschule für Soziale Arbeit und Gesundheit Lausanne (Referat)
Protokoll:	Moyra Strub Tagungspräsentation Website der Mitgliederkonferenz

1 BEGRÜSSUNG UND ERÖFFNUNGSGESCHÄFTE

Das [Co-Präsidium](#) der SP60+, Rita Schmid und Dominique Hausser, begrüßen die Teilnehmenden zur [12. Mitgliederkonferenz](#). Sie steht unter dem Motto «Armut und prekäre Lebensverhältnisse bekämpfen – Einkommen stärken!». Dominique stellt die Traktanden vor und heisst das Ehrenmitglied und die ehemalige Präsidentin der SP60+, [Marianne de Mestral](#), vor. SP-Bundesrätin [Elisabeth Baume-Schneider](#) musste sich für die heutige Versammlung entschuldigen. Besonders begrüsst er die anwesende Co-Präsidentin der SP Schweiz, [Mattea Meyer](#).

a) Wahl Stimmenzählende und Mandatsprüfende

Es müssen keine Stimmzählende oder Mandatsprüfende gewählt werden.

b) Verabschiedung der Geschäftsordnung

Beschluss: Die [Geschäftsordnung](#) wird genehmigt.

2 PROTOKOLL DER MITGLIEDERKONFERENZ VOM 01.06.2023

Beschluss: Das [Protokoll](#) wird genehmigt.

3 ARMUTSBEKÄMPFUNG – EINE PRIORITÄT DER SP

Prekarität und weitere Schwerpunkte im Parteiprogramm

Rita Schmid bestätigt, dass die Armutsbekämpfung ein zentrales Thema der SP Schweiz ist. Deswegen zeigt Mattea Meyer, Co-Präsidentin der SP Schweiz, zu Beginn auf, wie man in der täglichen politischen Arbeit die Armut bekämpfen kann. Die SP Schweiz hat sich zum Ziel gesetzt die [Armut](#) bis 2030 zu bekämpfen. Dieses Ziel hat auch die SP60+ festgelegt.

Mattea Meyer, Co-Präsidentin SP Schweiz

Mattea Meyer bedankt sich für die Einladung und die einleitenden Worte. Sie erklärt, dass das in der [Tagungspräsentation](#) projizierte Bild aus einer Podcastfolge von [Meyer:Wermuth](#) stammt. Die [Folge](#) mit Andreas Lustenberger von Caritas und Markus Christen, ein Aktivist bei ATD Vierte Welt und zudem armutsbetroffener aus Basel-Stadt, ist ihr sehr in Erinnerung geblieben. Insbesondere wurde im Gespräch thematisiert, dass es bei Armutsbetroffenen zu Ausgrenzungserfahrungen und Abwertungen im Alltag kommen kann.

Die Schweiz leistet sich rund 700'000 oder je nach Zählung 750'000 armutsbetroffene Menschen. Wird die Zahl armutsgefährdeter Menschen dazu gerechnet, sind es rund 1,4 Millionen Menschen. Davon sind rund 120'000 Kinder. Jede fünfte Person lebt in einem Haushalt, die eine einmalige, kurzfristige Ausgabe von 2'500 Franken nicht einfach stemmen kann. Das Problem wird nicht geringer, wenn das Leben immer teurer wird. Nicht zu vergessen ist, dass stark von Armut betroffene Menschen vor allem auch Frauen und Ausländer:innen sind. Sie können sich weniger gut gegen Ausbeutung wehren und sind so stärker von Armut betroffen. Armut hat aber viele Dimensionen. Zum Beispiel trifft die Klimakrise armutsbetroffene Personen eher.

Mattea ist immer wieder überrascht, wie wenig die Armut im Bundeshaus thematisiert wird. Die bittere Wahrheit ist, dass eine Mehrheit im Bundeshaus nicht an den 750'000 Armutsbetroffenen interessiert ist. Es dreht sich eher um Reichtum. Die Menschen, die bereits viele Ressourcen haben, sollen noch mehr bekommen. Wenn Bürgerliche die Armut interessiert, dann Betroffene selbst

verantwortlich zu machen. Es herrscht die neoliberale Mentalität vor, dass es alle schaffen können, sie müssen nur wollen. Die so geschaffene Individualität vermittelt den betroffenen Personen Scham, ein Gefühl, zu wenig getan zu haben, Selbstverschuldung. Aus diesen Gründen werden Sozialleistungen wie Ergänzungsleistungen nicht beansprucht. Mattea bedankt sich für die Arbeit der SP60+, die mit kantonalen Vorstössen einen Automatismus bei den bedarfsgerechten Sozialleistungen erreichen will.

Armut ist kein Naturgesetz, sondern eine Folge von politischen Entscheidungen. 18 von 26 Kantonen geben aktuell weniger Geld für Prämienverbilligung aus als noch vor zehn Jahren. Logischerweise trifft das die Haushalte am stärksten, die sowieso wenig Geld zur Verfügung haben. Dass versucht wird, Mindestlöhne rückgängig zu machen, die Sozialhilfe zu kürzen, die Familienzulagen nicht der Teuerung anzupassen, die Ergänzungsleistungen zu kürzen oder einen konsequenten Renditedeckel der Mieten verhindern, sind politische Entscheidungen. Diese Beispiele zeigen, dass die Menschen, die von Sozialschmarotzern und Scheininvaliden sprechen, auch diejenigen sind, die alles dafür tun, dass Armut nicht bekämpft werden kann. Eine Politik der Respektlosigkeit.

Die SP verfolgt drei Pisten, um die Armut zu bekämpfen. Erstens sollen die Einkommen verbessert werden, indem Mindestlöhne, Renten und Ergänzungsleistungen erhöht sowie die Arbeitsbedingungen in prekären Domänen verbessert werden. Zweitens soll der Service Public gestärkt werden, um die Haushaltskosten vor allem für Einelternfamilien oder Familien mit vielen Kindern zu senken. Die [Kita-Initiative](#) der SP ist hierbei ein erster Schritt, um Familien zu unterstützen, ebenso die [Prämien-Entlastungs-Initiative](#). Drittens soll die Ungleichheit durch ein gerechtes Steuersystem verringert werden.

Mattea nennt zum Schluss einige Erfolge der letzten Monate. Allem voran die Annahme der [13. AHV-Rente](#). Der historische Sieg hat die soziale Schweiz gestärkt. Zweitens konnte im März eine Mehrheit erreicht für die Annahme einer Motion erreicht werden, um eine Armutsbekämpfungs-Strategie umzusetzen. Drittens haben beide Räte die parlamentarische Initiative [«Armut ist kein Verbrechen»](#) angenommen. Nun muss ein Gesetz ausgearbeitet werden, dass Menschen ohne Schweizer Pass, die aber mindestens 10 Jahre in der Schweiz gewohnt haben und Sozialleistungen empfangen, nicht mehr ausgeschafft werden können. Ausserdem erfreulich ist, dass die Familienzulagen für alle erhöht werden. Wovon vor allem armutsbetroffene Personen profitieren. Auch auf kantonaler und kommunaler Ebene gibt es Fortschritte. Mindestlöhne sind in ein einigen Kantonen bereits umgesetzt. Jedoch haben Bürgerliche die Gerichte eingeschaltet, weswegen die Mindestlöhne in den Städten Winterthur und Zürich noch nicht umgesetzt wurden. Das Argument ist, dass dem Bundesrecht widersprochen wird.

Wichtige kommende Abstimmungen zur Armutsthematik sind die [Prämien-Entlastungs-Initiative](#), die beiden [Mietreferenden](#) und die [BVG-Reform](#).

Rückfragen und Diskussion

Rita dankt Mattea für den umfassenden Überblick. Im Anschluss ist die Diskussion offen.

[Marc Stenzler](#) möchte die genaue Definition von Armut in der Schweiz wissen und bittet um Zahlenbeispiele. Mattea erläutert, dass Armut beginnt, wenn jemand weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens zur Verfügung hat. Armut bedeutet oft sozialer Ausschluss. Mattea verweist darauf, dass später am Tag eine Präsentation von Caritas detailliertere Zahlen liefern wird.

[Franco Castrovillari](#) stellt Fragen zur BVG-Reform, speziell zur Anpassung des Koordinationsabzugs. Mattea erklärt, dass die Reform zwar darauf abzielt, Geringverdienende besser abzusichern, dies aber auch zu höheren Beiträgen führe, was besonders armutsbetroffene Menschen belaste. Sie plädiert dafür, die 1. Säule bzw. die AHV zu stärken, da diese sozial gerecht finanziert wird.

[Bruno Achermann](#) betont die Wichtigkeit, Armut unter Menschen mit Behinderungen konkret anzusprechen, und plädiert dafür, spezifische Beispiele zu nennen, um das Thema greifbarer zu machen. Weitere Mitglieder unterstützen die [Inklusions-Initiative](#) und weisen auf die Dringlichkeit hin, genügend Unterschriften zu sammeln.

Rolf Zimmermann macht deutlich, dass Armut nicht nur im Alter, sondern auch während der Erwerbstätigkeit ein ernsthaftes Problem ist, besonders bei niedrigen Löhnen. Er betont, dass ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung trotz Vollzeitbeschäftigung unterhalb der Armutsgrenze lebt. Zudem bedankt er sich bei Mattea für ihr hervorragendes Referat.

Sonja Rüegg äussert Kritik an den Pensionskassen und spricht sich dafür aus, die AHV zu stärken, um soziale Ungleichheiten zu reduzieren. Mattea stimmt zu und kritisiert die Ungerechtigkeit bei den Erbschaftsregelungen.

Zum Abschluss der Diskussion wird die Schuldenbremse thematisiert, die von den Bürgerlichen unterstützt wird, während für soziale Anliegen oft kein Geld vorhanden ist. Mattea unterstreicht, dass die SP weiterhin für armutsbetroffene Menschen einsteht und betont, dass diese Menschen in den politischen Diskussionen oft übersehen werden.

4 STATUTARISCHE GESCHÄFTE

Rita Schmid und Dominique Hausser

a) Jahresbericht 2023 und Programm 2024/25

Rita erwähnt, dass der [Jahresbericht 2023](#) auf der [Website der Mitgliederkonferenz](#) verfügbar ist. Das vergangene Jahr war vom Präsidiumswechsel geprägt. Die [Geschäftsleitung](#) setzt sich aktuell nebst dem Co-Präsidium aus Ursula Blaser, Hans-Jürg Rohner, Ruth Schmid und Heinz Gilomen zusammen. Ausserdem ist im Bericht erwähnt, dass ein beachtlicher Teil, nämlich ein gutes Drittel der potenziellen Mitglieder bzw. der über 60-jährigen Mitglieder der SP Schweiz auch bei der SP60+ eingeschrieben sind. Dem Co-Präsidium SP60+ ist es wichtig diese Personen kennenzulernen, weswegen einige kantonale Gruppen letztes Jahr besucht wurden. Das Co-Präsidium ist weiterhin offen für solche Besuche und freut sich über Einladungen. Rita verweist auch auf die zukünftigen Schwerpunkte der SP60+: Bekämpfung der Armut und Gesundheitssystem als Service Public. Rita ergänzt, dass im vergangenen Jahr das Positionspapier [«Integrierte Alterspolitik»](#) von der Arbeitsgruppe Gesundheit verabschiedet wurde. Dieses Papier dient als Leitfaden im Prozess der Gestaltung der Gesundheitsleistungen. Sowohl im letzten als auch in diesem Jahr fanden hierzu bereits Gespräche mit Parlamentsmitgliedern der [Kommission soziale Sicherheit und Gesundheit](#) statt. Zudem hebt Rita hervor, dass die Arbeitsgruppe Sozialpolitik kontinuierlich qualitativ hochwertige Vernehmlassungen vorbereitet.

Dominique gibt einen kurzen Ausblick: Die Abstimmung zur Prämien-Entlastungs-Initiative im Juni ist von grosser Bedeutung. Es ist daher wichtig, abzustimmen und auch das Umfeld daran zu erinnern. Ebenso bedeutsam ist die Abstimmung zum BVG-Referendum im September, bei dem mit einem Nein ein deutliches Zeichen zu setzen ist. Ein weiterer wichtiger Termin ist die [Herbstkonferenz der SP60+](#). Sie findet am 28. September 2024 im Stadttheater Olten statt. Im Mittelpunkt stehen Fragen zur digitalen Transformation und ihrer Rolle bei der politischen Teilhabe, insbesondere in Bezug auf die generative KI (künstliche Intelligenz). Die Konferenz umfasst Vorträge und Diskussionen mit dem Ziel, die Beteiligung aller Bevölkerungsgruppen zu fördern.

Beschluss: Der Jahresbericht 2023 und das Programm 2024/25 werden genehmigt.

b) Kenntnisnahme Rechnung 2023 und Budget 2024

Rita stellt das Budget vor. Das Budget der SP60+ ist Teil des Gesamtbudgets der SP Schweiz und wird jeweils am Parteitag im Februar verabschiedet. Daher dient das vorliegende Budget lediglich zur Kenntnisnahme. Budget und Rechnung weitgehend stabil geblieben. Eine wesentliche Änderung betrifft eine Rückstellung von 10'000 Franken, die Ende 2023 vorgenommen wurde. Diese war möglich, weil im letzten Jahr keine Herbstkonferenz stattfand.

c) Wahlen

Es stehen keine Wahlen an.

5 ARMUT IN DER SCHWEIZ – ERFAHRUNGEN DER CARITAS

Armut in der Schweiz – Erfahrungen der Caritas

Laura Brechbühler, Verantwortliche Politik, der [Caritas Schweiz](#) hält ihr Referat zum Thema «Armut in der Schweiz – Erfahrungen der Caritas» (für Details zu ihrem Beitrag ist die [Präsentation](#) auf der [Website](#) nachzulesen). Sie erklärt, dass sie beruflich fachliche Grundlagen sowie Argumentarien vor allem zu Sozial- und Migrationspolitik erstellt. Zusätzlich ist sie zuständig für das Lobbying von Caritas auf kantonaler und nationaler Ebene. Laura beschreibt die Definition von Armut in der Schweiz mit Zahlen aus dem Jahr 2022. Ausserdem erklärt sie, dass viele Haushalte an der Armutsgrenze sind, vor allem Familien. Auch Armut im Alter ist ein verbreitetes Phänomen, wobei vor allem Frauen im Alter deutlich weniger Geld zur Verfügung haben. Caritas erkennt einen deutlichen Anstieg bei älteren Personen und «Working Poor». Zudem steigt die Nachfrage nach Sozial- und Schuldenberatungen. Armutsbetroffene Menschen verzichten zum Beispiel auf medizinische Leistungen und sparen bei der Ernährung.

Die Diskussion im Plenum dreht sich um mehrere Aspekte der sozialen Ungleichheit. So geht es dabei auch darum, ob die Armutsgrenze den Mittelstand gefährdet. Laura bestätigt dies und verweist auf die Berner Fachhochschule für weitere Details. Auf die Frage, wie man Caritas-Läden erreiche, wenn man sich kein ÖV-Ticket leisten könne, erklärt Laura, dass es keine kostenfreien Tickets gibt, aber Caritas-Läden zentral gelegen sind. In Graubünden gibt es ermässigte Tickets.

[Rita Müller](#) berichtet von der Winterhilfe, die sportliche Aktivitäten oder Schulmaterial unterstützt, und fragt, ob Betroffene diese Angebote kennen. Weiter fragt sie nach der Handhabung, wenn armutsbetroffene Kinder für einen Schulausflug einen finanziellen Beitrag leisten müssen. Laura betont, dass Caritas in Beratungen auf solche Angebote hinweist und unterstreicht die Notwendigkeit, finanzielle Barrieren bei Schulausflügen zu thematisieren, da sie mit Scham verbunden sind.

[Myrtha Meuli](#) schlägt vor, Personen mit Prämienverbilligung automatisch ein Formular für zusätzliche Zuschüsse zu schicken, um ihnen unnötige Anträge zu ersparen. So werde es in Zürich bereits gemacht, indem man zusätzlich ein Formular für einen Energiekostenzuschlag erhält. Laura stimmt zu und betont die regionalen Unterschiede bei Unterstützungsleistungen, die vereinheitlicht werden sollten.

Abschliessend fragt [Adèle Zumbühl](#), wie sich die Caritas finanziert. Laura erklärt, dass Caritas ein unabhängiger Verein ist, der durch Spenden, DEZA-Mittel und teilweise Vereinbarungen mit Kantonen, Städten und Kirchen finanziert wird.

Armut und Prekarität in der Schweiz – Zahlen, Ursachen, Antworten

Alessandro Pelizzari, Direktor, Hochschule für Soziale Arbeit und Gesundheit Lausanne ([HETSL](#)) hält sein Referat zum Thema «Armut und Prekarität in der Schweiz – Zahlen, Ursachen, Antworten» (für Details zu ihrem Beitrag ist die [Präsentation](#) auf der [Website](#) nachzulesen). Alessandro beginnt mit einem Ausschnitt aus einer [Reportage von RTS](#), die er empfiehlt, in voller Länge anzuschauen. Er erläutert weiter, dass die Prekarität durch die COVID-19-Pandemie zugenommen hat. Die Pandemie habe nicht nur bestehende prekäre Verhältnisse sichtbar gemacht, sondern viele Menschen in die Prekarität gedrängt und soziale Ungleichheiten in Bereichen wie Gesundheit, Rente und Zugang zum Arbeitsmarkt verschärft. Alessandro betont, dass Ungleichheiten oft durch Ungerechtigkeiten auf dem Arbeitsmarkt entstehen – etwa aufgrund des Geschlechts, des Migrationsstatus oder anderer diskriminierender Faktoren. Zudem präsentiert er konkrete Zahlen zur Armutssituation in der Schweiz und erklärt, welche politischen Massnahmen ergriffen werden sollten. Abschliessend zeigt er anhand von Statistiken auf, welche Bevölkerungsgruppen besonders von Armut betroffen sind.

In der Diskussion werden verschiedene Fragen zur sozialen Klassifizierung und zu Armut gestellt. Ein Mitglied fragt nach der genauen Definition der Mittelklasse in der Schweiz. Alessandro erklärt, dass es darüber keine klare wissenschaftliche Antwort gibt, da auch Soziolog:innen sich über diese Frage streiten. Einige sagen, die Mittelklasse existiere nicht wirklich, da es nur Gruppen gibt, die entweder auf ihr Gehalt angewiesen sind oder nicht. Politisch wird die Mittelklasse hingegen durch das Niveau definiert, ab dem staatliche Unterstützung beginnt. Somit handelt es sich auch um eine politische Entscheidung, inwiefern die Umverteilung von Reichtum angetrieben wird.

Ein weiteres Mitglied bezieht sich auf den Reportagen-Ausschnitt und fragt, warum eine Familie mit drei Kindern, bei der der Vater seit zehn Jahren in der Schweiz lebt, keinen besseren Lohn erhält. Alessandro antwortet, dass oft die Anerkennung von ausländischen Qualifikationen ein Problem ist, was zu einer Dequalifizierung und Diskriminierung führt. Etwa 20 Prozent der ausländischen Arbeitnehmer:innen verdienen weniger, als es ihrer Qualifikation entspricht.

Ein Mitglied bemerkt, dass es wenige Studien über wohlhabende Personen gibt. Alessandro bestätigt dies und weist darauf hin, dass Reiche oft weniger sichtbar sind und es ein fiskalisches Geheimnis um ihr Vermögen gibt.

6 VERABSCHIEDUNG RESOLUTION

Rita stellt die Resolution der SP60+ [«Automatischer Zugang zu Sozialleistungen»](#) vor. Die Resolution fordert Massnahmen zur Verbesserung des Zugangs zu Sozialleistungen. Sie betont, dass Armut durch bessere Umverteilung bekämpft werden muss und fordert, dass Berufseinkommen, Renten und Sozialleistungen an die Teuerung und den Produktivitätsfortschritt angepasst werden.

Die Resolution schlägt vor, einen automatischen Zugang zu Sozialleistungen zu gewährleisten. Sie kritisiert, dass trotz vorhandener sozialer Leistungen viele Anspruchsberechtigte diese nicht in Anspruch nehmen und fordert, auf Bundesebene einheitliche Regeln für alle bedarfsabhängigen Sozialleistungen einzuführen.

Beschluss: Die Resolution wird einstimmig angenommen.

Dominique stellt die Resolution der SP60+ [«Für anständige Renten: Nein zu BVG21»](#) vor. Darin wird die Revision BVG21 abgelehnt. Die Resolution fordert eine grundlegende Reform der Rentenversicherung und betont die Notwendigkeit einer echten Volksrente mit einer Grundrente von 4500 Franken. Die Resolution kritisiert, dass nach über 50 Jahren das Versprechen, dass AHV und berufliche Vorsorge mindestens 60 Prozent des letzten Lohns garantieren, nicht erfüllt ist. Zudem wird die Komplexität und Ungerechtigkeit des bestehenden Rentensystems bemängelt.

Die BVG21-Revision, über die am 22. September abgestimmt wird, wird als unzureichend angesehen. Sie schlägt eine Senkung des Mindestumwandlungssatzes und eine Begrenzung des Koordinationsabzugs vor, was zu geringeren Renten und höheren Beitragszahlungen führt. Die Verbesserungen im Rahmen der Reform, wie die Senkung der Eintrittsschwelle zur beruflichen Vorsorge, sind bloss kosmetische Änderungen, die das grundlegende Problem nicht lösen. Die Resolution fordert daher eine deutliche Ablehnung der BVG21-Revision.

Beschluss: Die Resolution wird einstimmig angenommen.

Heinz Gilomen stellt die Resolution der SP60+ [«Anständige Einkommen verhindern Armut!»](#) vor. Angesichts steigender Teuerung und sinkender Reallöhne sollen insbesondere Löhne und Renten verbessert werden. Die wichtigsten Forderungen sind ein nationaler Mindestlohn von 4'500 bzw. 5'000 Franken für Personen mit Berufsabschluss, automatische Teuerungsausgleiche sowie eine faire Verteilung von Boni. Zudem werden AHV- und IV-Renten von 4'500 und eine Gesamtrente von 5'000 Franken gefordert. Die SP60+ plädiert ausserdem für ein Gesundheitssystem und eine Wohnungspolitik im öffentlichen Interesse statt profitorientierter Strukturen. Zum Schluss ruft Heinz

dazu auf, Teil der Arbeitsgruppe Sozialpolitik zu werden. Als nächstes wird die Arbeitsgruppe eine Antwort auf die Finanzierung der 13. AHV formulieren.

Beschluss: Die Resolution wird einstimmig angenommen.

Reto Barblan stellt die Resolution der SP60+ [«Das Altern, das andere Elend der Eingewanderten»](#) vor. In der Resolution wird die Problematik älterer Einwander:innen thematisiert, die nach Jahrzehnten in der Schweiz ihre C-Bewilligung und damit wichtige Rechte verlieren. Beispiele wie die von «John Smith» und «Manuel» zeigen, dass eine Rückkehr in die Schweiz oft mit Hindernissen verbunden ist, wenn die Aufenthaltsbewilligung erloschen ist. Die Resolution fordert, dass die C-Bewilligung grundsätzlich lebenslang gültig bleibt und bei vorübergehender Abwesenheit bei der Rückkehr automatisch aktiviert wird. Die Geschäftsleitung der SP60+ unterstützt die Forderung und plant, gemeinsam mit den SP Migrant:innen politische Lösungen zu entwerfen.

Beschluss: Die Resolution wird einstimmig angenommen.

Noëmi Holtz meldet sich mit einem Varia zu Wort. Sie bezieht sich auf die Kommunikation der Ständeratskommission, die von Daniel Jositsch kommuniziert wurde und dazu aufruft, das [EGMR-Urteil zum Klimaschutz](#) nicht zu befolgen. Sie bittet die Geschäftsleitung sich damit zu beschäftigen und eine [Stellungnahme der SP60+](#) zu formulieren.

Verabschiedung und Verdankung der Teilnehmenden

Das Co-Präsidium, Rita, bedankt sich bei allen Teilnehmer:innen für ihr Kommen und lädt sie zum Apéro ein. Ausserdem bedankt sie sich bei den beiden Referent:innen Laura Brechbühler und Alessandro Pelizzari, bei Moyra Strub für das Protokoll, bei Werner Kälin für die ganze Organisation und bei den Dolmetscher:innen für die Simultananübersetzung.

Beilagen, die auf der [Website](#) aufgeschaltet sind:

Geschäftsordnung und Wahlreglement

Protokoll der Mitgliederkonferenz 2023

Jahresbericht 2023

Präsentationen

Resolutionen

Medienmitteilung